



T +33(0)388412560

www.coe.int

pressunit@coe.int

Pressemitteilung – DC003(2015)

Schwere Misshandlungen und Folter von Häftlingen und Maidan-Demonstranten unter den wichtigsten Ergebnissen der Besuche des Antifolterkomitees des Europarates in der Ukraine

STRASSBURG, 13. Januar 2015 – Das Komitee des Europarates zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) hat heute die Ergebnisse der jüngsten Besuche in der Ukraine veröffentlicht. Im Mittelpunkt stehen Folter, schwere körperliche Misshandlungen und Einschüchterungen von Häftlingen in zwei Strafkolonien, die Lage von bei Terrorabwehroperationen inhaftierten Personen sowie Untersuchungen von Fällen von Misshandlungen von Maidan-Demonstranten durch Sicherheitskräfte.

Im September 2014 führte das CPT einen Ad-hoc-Besuch in den Strafkolonien Nr. 25 und 100 in der Region Charkiw durch. Die Delegation stellte fest, dass die Lage dort „äußerst besorgniserregend“ ist. Auch dieses Mal erhielt sie zahlreiche Beschwerden über Misshandlungen, darunter Vergewaltigung, massive Prügelstrafen und Folter durch Gefängnisaufseher, und gewann den Eindruck, dass die beiden Einrichtungen mittels eines Systems von Einschüchterung und Gewalt verwaltet werden. Die Delegation forderte die ukrainischen Behörden daher auf, eine rasche, unabhängige und umfassende Untersuchung auf höchster Ebene hinsichtlich der Beschwerden durchzuführen und sicherzustellen, dass Häftlinge nicht zu Opfern von Repressalien werden, weil sie mit der Delegation gesprochen haben. Sie appellierte außerdem an die Behörden, dem CPT über die ergriffenen Maßnahmen Bericht zu erstatten.

Ein weiteres Ziel des Besuchs war die Untersuchung der Lage von bei den laufenden Terrorabwehroperationen inhaftierten Personen. Die Delegation besuchte die Untersuchungshaftanstalten (SIZOs) in Kiew und Charkiw sowie die Einrichtung der Staatssicherheit in Kiew. Die Mehrheit der von der Delegation befragten Personen erklärte, dass sie angemessen behandelt wurde, während sie sich in der Gewalt der Sicherheitskräfte befand. Dennoch erhielt die Delegation einige Beschwerden in Bezug auf übermäßige Gewaltanwendung bei der Festnahme durch den Staatssicherheitsdienst und das Militär und während der darauffolgenden Verhöre.

Der Besuch im September 2014 bot darüber hinaus eine Gelegenheit zur Überprüfung der Maßnahmen, die die Staatsanwälte getroffen haben, die den Auftrag hatten, die Beschwerden über Misshandlungen von bei den Ereignissen auf dem Maidan von November 2013 bis Februar 2014 in Kiew inhaftierten Personen zu untersuchen, wobei ein besonderes Augenmerk auf den konkreten Fällen lag, die beim Ad-hoc-Besuch im Februar ermittelt wurden. Die Delegation unterstrich, dass trotz zahlreicher bereits ergriffener wichtiger Maßnahmen weiterhin Mängel bestehen, wie etwa fehlende gerichtsmedizinische Untersuchungen und Verzögerungen bei der Genehmigung bestimmter Untersuchungsmaßnahmen durch die Richter. Insgesamt scheinen die Untersuchungen in einer Sackgasse zu sein, vor allem aufgrund der Unfähigkeit, unter den Sicherheitskräften nach möglichen Tätern zu fahnden.

Der Bericht über den Ad-hoc-Besuch der CPT-Delegation im Februar 2014 wurde ebenso heute veröffentlicht und nennt das Fehlen individueller Kennnummern auf den Uniformen von Ordnungskräften als einen der Hauptfaktoren, welche die weitere Untersuchung von Fällen polizeilicher Misshandlung beeinträchtigen. Im Mittelpunkt des Berichts stehen die Operationen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, die im Januar und Februar 2014 in Kiew und Dnjepropetrowsk stattfanden. Dabei werden die Anschuldigungen mutwilliger, schwerer Misshandlungen von Maidan-Demonstranten durch Ordnungskräfte und nicht identifizierte Privatpersonen hervorgehoben.

Das CPT kam zur Schlussfolgerung, dass während dieser Operationen die mutwillige Misshandlung von Maidan-Demonstranten durch Ordnungskräfte, bevor sie Eskortierungsbeamten der Polizei oder Ermittlungsbeamten übergeben wurden, als Mittel anerkannt war, um Gesetz und Ordnung durchzusetzen. In einigen Fällen war die mutmaßliche Misshandlung so schwerwiegend, dass sie als Folter gelten kann.

Überdies führt der Bericht Fälle körperlicher Misshandlung verhafteter Demonstranten im Rahmen ihrer Erstbefragung und der folgenden Überführung in Haftanstalten an. Nachdem die Festgenommenen dann Eskortierungsbeamten der Polizei, Ermittlungsbeamten oder Wachpersonal übergeben worden sind, scheint die Gefahr, misshandelt zu werden, allerdings relativ gering gewesen zu sein.

Die Ordnungskräfte, die angeblich Demonstranten misshandelt haben, gehörten fast ausschließlich der nunmehr aufgelösten Polizeispezialeinheit „Berkut“ oder der Armee an. Die Gesprächspartner des CPT erhoben auch Anschuldigungen, dass sich nicht identifizierte Privatpersonen an den Operationen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung beteiligt haben und ausländische Ordnungskräfte zugegen gewesen seien; die Delegation konnte die Glaubwürdigkeit dieser Behauptungen jedoch nicht vollständig überprüfen.

In Kiew und Dnjepropetrowsk stellte die Delegation Fortschritte hinsichtlich des Rechts verhafteter Personen fest, Dritte über die Festnahme zu informieren und Zugang zu einem Rechtsanwalt zu erhalten, darunter auch kostenlose Prozesskostenhilfe. Das CPT kritisierte jedoch, dass Verhaftete nicht die Möglichkeit haben, umgehend ärztliche Behandlung in Anspruch zu nehmen: „Festgenommenen Personen mit ernsten körperlichen Verletzungen stundenlang keine angemessene medizinische Hilfe zukommen zu lassen, könnte nach Ansicht des Komitee unmenschlicher und erniedrigender Behandlung gleichkommen.“

[Vorläufige Erklärung](#) der Delegation, die im September 2014 die Ukraine besuchte
[Bericht](#) über den Ad-hoc-Besuch im Februar 2014 und diesbezügliche [Stellungnahme](#) der Regierung
[Stellungnahme](#) der Behörden zum Bericht des CPT über dessen periodischen Besuch im Oktober 2013
Kontakt: [Tatiana Baeva](#), Sprecherin/Medienreferentin, Tel.: +33 3 88 41 21 41